



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 2. September 2024

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf eine dringliche Interpellation betreffend «Externe Experten der Zürcher Staatsanwaltschaft» von EVP, SVP und FDP diskutiert ([KR-Nr. 238/2024](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 169 zu 1 Stimmen die Einzelinitiative «Für die Bewilligung eines Kredites für einen Ausbau der Weinländer Bahnlagen Winterthur – Schaffhausen und Winterthur – Stein am Rhein» einer Person aus Adlikon abgelehnt ([KR-Nr. 108/2021](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Mobilitätsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip» der FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 126/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, welche Grundlagen notwendig wären, um ein System einzuführen, mit dem sich die Kosten der Mobilität für alle Verkehrsträger und Verkehrsteilnehmenden den Verursacherinnen und Verursachern zurechnen lassen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Potenziale des Mobilitäts- und Parkierungsmanagements nutzen» von Grünen, SP, GLP und AL ([KR-Nr. 113/2020](#)) als erledigt abgeschrieben. Die Forderung nach einem Ergänzungsbericht wurde mit 90 zu 78 Stimmen abgelehnt. Mit dem Postulat wurde die Einführung eines verbindlichen Mobilitäts- und Parkierungsmanagements bei der kantonalen Verwaltung sowie bei allen kantonalen Institutionen und Anstalten gefordert.

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Verpflichtungs- und des Nachtragskredits zur Schaffung eines Schutzschirms für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung gemäss Art. 11a des Covid-19-Gesetzes mit 165 zu 0 Stimmen bewilligt ([5721](#)).

Der Kantonsrat hat mit 114 zu 57 Stimmen die parlamentarische Initiative «Velonetzplanung im PBG verankern» von Grünen-Kantonsrat Thomas Schweizer abgelehnt ([KR-Nr. 443/2020](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 111 zu 57 Stimmen das Postulat betreffend «Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Arbeitszeitpolitik: Chancen und Risiken einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit» der Grünen abgelehnt, mit dem der Regierungsrat in einer Studie die zu erwartenden Konsequenzen hätte aufzuzeigen sollen, die bei einer Reduktion der Arbeitszeit auf maximal 35 Stunden pro Woche auftreten würden ([KR-Nr. 100/2023](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

(*nic.*)